

Mitglieder der Verwaltung

| <u>Name</u> | <u>Funktion</u> | <u>Anwesenheit</u> |
|------------------|--|--------------------|
| Frau Wolf | Bürgermeisterin Geschäftsbereich II | zu allen TOP |
| Herr Kämpf | Bürgermeister Geschäftsbereich I | zu allen TOP |
| Frau Göbel | Fachbedienstete für das Finanzwesen | zu allen TOP |
| Herr Scheibner | Leiter Rechnungsprüfungsamt | zu allen TOP |
| Herr Sorger | Wirtschaftsförderer | zu allen TOP |
| Frau Weck | Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | zu allen TOP |
| Herr Giller | Justizariat der Stadtverwaltung Plauen | zu allen TOP |
| Frau Blume-Brake | Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation | zu allen TOP |
| Frau Spranger | Controlling | zu allen TOP |
| Frau Kramer | Controlling | zu allen TOP |
| Frau Ernst | Leiterin Personalrat | öffentl. Teil |
| Herr Leonhardt | Leiter Gesamtpersonalrat | öffentl. Teil |
| Herr vom Hagen | Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung | öffentl. Teil |
| Herr Schäfer | Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport | öffentl. Teil |

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion

zu allen TOP

Herr Treiber, GF Plauener Straßenbahn GmbH

bis TOP 2.5.

Vertreter der Presse

öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Beantwortung von Anfragen
 - 1.3. Informationen des Oberbürgermeisters
 2. Beschlussfassung
 - 2.1. Änderung § 6, § 18 und § 22 der Hauptsatzung
Drucksachennummer: 0566/2022
 - 2.2. Änderung § 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0567/2022
- Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 254-22
 - 2.3. Aufhebung der Allgemeinen Verwaltungszustellungs- und Bekanntgabebestimmung vom 17.11.2008
Drucksachennummer: 0568/2022
 - 2.4. Erstellung eines Doppelhaushaltes für die Stadt Plauen für die Jahre 2023 und 2024
Drucksachennummer: 0560/2022
- Antrag der AfD-Fraktion, Reg. Nr. 253-22
 - 2.5. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Einzahlung in die Kapitalrücklage der Plauener Straßenbahn GmbH
Drucksachennummer: 0550/2022
 - 2.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE – Alternative zum „Menügutschein“ für Neugeborene
Reg.-Nr. 239-22 – Stellungnahme der Verwaltung
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 255-22
 3. Einwohnerfragestunde - 17:00 Uhr
 4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)
- 1. Eröffnung der Sitzung**

Die 29. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Stadtratsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

1.1. Tagesordnung

Es gibt keine Hinweise oder Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf die noch zu Beginn der Sitzung ausgereichten Unterlagen zum TOP 2.4.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE und Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bestellt.

Oberbürgermeister Zenner verliest die Namen der für diese Sitzung entschuldigten Stadtratsmitglieder.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion bezieht sich auf die Beantwortung ihrer Anfrage zum Verzicht auf nicht notwendige öffentliche Beleuchtung aus der Stadtratssitzung vom 01.03.2022. Sie ist mit der Beantwortung nicht zufrieden und möchte eine eindeutige Aussage, ob die Stadt trotz geringen Einsparpotenzials Maßnahmen zur Lichtreduzierung umsetzen wird.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine erneute schriftliche und ergänzende Beantwortung zu.
Verantwortlich: Geschäftsbereich II**

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion bezieht sich auf seine Anfrage zu möglichen Ladesäulen, die er vorletzte Woche im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Hempelsche Fabrik/dem Spatenstich gestellt hatte.

Oberbürgermeister Zenner verweist darauf, dass diese Anfrage hier keine Relevanz hat, da es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um Anfragen handelt, die im Stadtrat gestellt wurden, stellt jedoch eine Beantwortung in Kürze in Aussicht.

1.3. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner verliest Auszüge aus einem Antwortschreiben von Solotonoscha, in dem bestätigt wurde, dass unsere humanitäre Hilfe vor Ort eingetroffen ist und verteilt wird. Die amtierende Bürgermeisterin bedankt sich bei allen, die sich an der Sammelaktion für die Gemeinde und Bürger von Solotonoscha beteiligt haben.

Bürgermeister Kämpf informiert zum Stand der Ukrainehilfe. Die Spendenbereitschaft der Plauener Bürger ist derzeit überwältigend, eine weitere Hilfslieferung für Solotonoscha wird in Abhängigkeit der Situation vor Ort, der Transportsicherheit und möglicher Korridore für Hilfslieferungen erwogen. Alternativ kommen die Spenden dem Wiederaufbau vor Ort zu gute.

Die Stadt Plauen hat 3 Portale im Rahmen der Ukrainehilfe ins Leben gerufen:

- Hilfsangebote für Sachspenden,
- Hilfesuche sowie
- Patenschaften.

Bürgermeister Kämpf gibt einen kurzen Einblick in die Angebote der Portale und Auskunft über die Zahl der bisher im Vogtlandkreis angekommenen ukrainischen Flüchtlinge (Stand Freitag, 25.03.2022; Quelle

Vogtlandkreis). Bisher sind im Vogtlandkreis 1.100 Personen, davon ca. 430 in Plauen (310 weiblich, 120 männlich) aufgenommen worden.

Er bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Plauen, privaten Initiativen, den vielen ehrenamtlichen Helfern und Stadträten für die Hilfe, insbesondere zu Beginn der Flüchtlingskrise hinsichtlich der schnellen und größtenteils unkomplizierten Unterbringung. Mittlerweile steht ausreichend Wohnraum zur Verfügung (ca. 320 Wohnungen). Seitens des Vogtlandkreises wurden Strukturen geschaffen, die Wohnungen auszustatten und Zuordnungen vorzunehmen. Er dankt dem Landkreis, insbesondere Herrn Mittenzwei, für das Engagement und hebt positiv den Austausch auf der Arbeitsebene hervor.

Bürgermeister Kämpf informiert zu weiteren Themen, u.a. zu Sprachkursen, Kita-Plätzen und der Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten.

Hinsichtlich der Schaffung eines Begegnungs- und Informationszentrums in der Stadtgalerie erläutert Bürgermeister Kämpf ausführlich die dort geplanten Aufgaben sowie den Stand der Umsetzung. Die Stadt Plauen hat die Koordination für die Schaffung des Zentrums übernommen und unterstützt insbesondere in der Anfangszeit mit personellen Ressourcen. Für das bisherige Engagement bedankt er sich bei den Mitorganisatoren.

Oberbürgermeister Zenner informiert zur Kündigung des Verkehrsvertrages per 31.03.2022 durch die Biergemeinschaft und teilt mit, dass im Ergebnis von Gesprächen erreicht wurde, dass ab 01.04.2022 die Verkehrsleistung weiter erbracht wird und insbesondere der Schülerverkehr damit sichergestellt ist.

Oberbürgermeister Zenner gibt gemäß § 42 Abs. 2 Satz 5 der SächsGemO die Benennung von ordentlichen Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen in den Ausschüssen bekannt:

SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Verwaltungsausschuss

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|----------------------------|---------------------------------|
| Neu | bisher |
| Lars Gruber / Gerd Steffen | Eric Holtschke / Thomas Fiedler |

Stellvertretende Mitglieder

| | |
|---------------------------------|----------------------------|
| Neu | bisher |
| Thomas Fiedler / Eric Holtschke | Gerd Steffen / Lars Gruber |

Finanzausschuss

Stimmberechtigtes Mitglied

| | |
|-------------------|--------------|
| Neu | bisher |
| Christian Hermann | Gerd Steffen |

Stellvertretende Mitglieder

| | |
|----------------------------|----------------------------------|
| Neu | bisher |
| Rico Kusche / Gerd Steffen | Christian Hermann / 1x unbesetzt |

Vergabeausschuss

Stimmberechtigtes Mitglied

| | |
|--------------|-------------------|
| Neu | bisher |
| Gerd Steffen | Bernd Stubenrauch |

Stellvertretendes Mitglied

| | |
|-------------------|-------------------|
| Neu | bisher |
| Bernd Stubenrauch | Christian Hermann |

Bildungs- und Sozialausschuss

Stimmberechtigtes Mitglied

| | |
|----------------|-------------|
| Neu | bisher |
| Eric Holtschke | Lars Gruber |

Stellvertretende Mitglieder

| | |
|---------------------------|-------------------------------|
| Neu | bisher |
| Rico Kusche / Lars Gruber | Eric Holtschke / 1x unbesetzt |

Wirtschaftsförderungsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

| | |
|--------------|---------------|
| Neu | bisher |
| Klaus Gerber | Diana Zierold |

2. Beschlussfassung

**2.1. Änderung § 6, § 18 und § 22 der Hauptsatzung
Drucksachennummer: 0566/2022**

Herr Giller, Justiziar teilt mit, dass Anpassungen in der Hauptsatzung infolge diverser gesetzlicher Änderungen sowie weiterer redaktioneller Änderungen vorgenommen werden müssen und führt ausführlich in die Vorlage ein.

Oberbürgermeister Zenner informiert zum Ergebnis der Prüfung hinsichtlich der Kosten der zusätzlich gewünschten Veröffentlichung im kostenfreien Anzeigemedium „Blick“. Diese sind nicht unerheblich und belaufen sich auf 1.200 Euro pro Veröffentlichung. Er empfiehlt, nur die Freie Presse als ausschließliches Medium in der Hauptsatzung zu belassen und bei Bedarf den „Blick“ hinzuziehen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE möchte wissen, in welcher Höhe in der Vergangenheit Kosten für die Veröffentlichung im Vogtlandanzeiger angefallen sind. Er wünscht in der Beantwortung auch eine Aussage zu den Kosten bevor der Vogtlandanzeiger zur Freien Presse gehört hat.

Oberbürgermeister Zenner geht kurz auf die Möglichkeit der Beantwortung ein und verweist auf die bisherige Angemessenheit der Nutzung dieser Medien.

(Anmerkung Schriftführer: s. auch Pkt. 4 des Protokolls, Frage wird schriftlich beantwortet)

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der §§ 6, 18 und 22 der Hauptsatzung gemäß der anliegenden Änderungssatzung.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 29/22-1

2.2. Änderung § 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen

Drucksachennummer: 0567/2022

- Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 254-22

Herr Giller, Justiziar erläutert den Inhalt der Vorlage und den Anpassungsbedarf aufgrund gesetzlicher Änderungen.

Oberbürgermeister Zenner ruft den ersten Teil des Beschlussvorschlages auf.

Beschluss:

Änderung Absatz 1 des Beschlussvorschlages: Die Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen wird wie folgt geändert: § 2 Absatz 1 Satz 3 wird aus der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 29/22-2

Fraktionsvorsitzende Claudia Hänsel, Fraktion DIE LINKE sowie Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE erläutern das Ansinnen des Antrages mit der Reg.-Nr. 254-22.

Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 254-22:

In der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen soll im § 2 Absatz 1 folgender dritter Satz eingefügt werden:

Die Mindeststärke einer Fraktion regelt die Sächsische Gemeindeordnung § 35a Absatz 1 in ihrer aktuellen Fassung.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 11 Nein-Stimmen; 11 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 29/22-3
Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Oberbürgermeister Zenner ruft den restlichen Teil des Beschlussvorschlages auf.

Beschluss:

In § 2 Absatz 2 wird die Angabe „seines Stellvertreters“ durch „**seines oder seiner Stellvertreter**“ ersetzt.

§ 5 Satz 1 wird geändert in: „Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung sind vom Oberbürgermeister rechtzeitig im elektronischen Amtsblatt auf der Internetseite der Stadt **und als Aushang im Foyer des Rathauses** bekanntzugeben.“

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 29/22-4

2.3. Aufhebung der Allgemeinen Verwaltungszustellungs- und Bekanntgabebestimmung vom 17.11.2008
Drucksachenummer: 0568/2022

Herr Giller, Justiziar führt zum Inhalt der Vorlage aus.

Beschluss:

Die Allgemeine Verwaltungszustellungs- und Bekanntgabebestimmung vom 17.11.2008 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 29/22-5

2.4. Erstellung eines Doppelhaushaltes für die Stadt Plauen für die Jahre 2023 und 2024

Drucksachenummer: 0560/2022

- Antrag der AfD-Fraktion, Reg. Nr. 253-22 – *Stellungnahme der Verwaltung*

Oberbürgermeister Zenner und Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen erläutern die Vorteile der Erarbeitung eines Doppelhaushaltes.

Oberbürgermeister Zenner informiert darüber, dass die Verwaltung bis zum Sommer eine Informationsvorlage auf den Weg bringen will, in der aufgezeigt wird, wieviel durch die Verabschiedung des Doppelhaushaltes gespart wurde.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen schätzt ein, dass sich die Erarbeitung des Doppelhaushaltes 2021/2022 bewährt hat. Die Phase der vorläufigen Haushaltsplanung entfällt, die Kostenersparnis insbesondere bei Baumaßnahmen, z.B. durch frühzeitige Ausschreibungen, sind wichtige Argumente für die Erstellung eines Doppelhaushaltes, ebenso die Planungssicherheit im zweiten Jahr bei den Freien Trägern bzgl. der Zuschüsse. Trotz Doppelhaushalt sind wichtige Themen befasst wurden, z.B. die Brandschutzkonzeption, das Tourismuskonzept oder das Innenstadtkonzept. Es konnten im Rahmen der flexiblen Haushaltsführung Förderanträge gestellt und überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden. Nach derzeitigem Stand zeichnet es sich nicht ab, einen Nachtragshaushalt erarbeiten zu müssen. Sie bittet um Zustimmung.

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion verliest und erläutert den Antrag seiner Fraktion mit der Reg. Nr. 253-22.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass der Antrag der Intention der Verwaltung nicht entgegensteht und eine Abstimmung daher nicht notwendig ist.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages der AfD-Fraktion, Reg. Nr. 253-22 an.

Fraktionsvorsitzender Sven Gerbeth, FDP-Fraktion bekundet Zustimmung zur Erstellung des Doppelhaushaltes und zum Ansinnen des Antrages der AfD-Fraktion, bittet jedoch zu beachten, dass den Fraktionen trotzdem noch ausreichend Zeit bleibt, sich zum Haushalt zu beraten, Stellung zu nehmen und entsprechende Anträge einzureichen.

Fraktionsvorsitzender Jörg Schmidt, CDU-Fraktion kann den schlüssigen Argumenten der Verwaltung für die Erstellung eines Doppelhaushaltes folgen. Seine Fraktion kann daher dem Ansinnen der Verwaltung folgen und der Vorlage zustimmen. Er äußert den Wunsch an die Finanzverwaltung, bereits rechtzeitig im Jahresverlauf auf die Fraktionen zuzukommen, um Schwerpunkte und Ansätze gezielt schon im Prozess der Haushaltplanung zu erörtern. Ziel ist, den Prozess des Einbringens der Anträge und Ideen, deren Bearbeitung und Diskussion zeitlich vorzuziehen, damit diese möglichst bis zur Vorlage des Planentwurfs abgestimmt und im Prozess verhandelt sind.

Oberbürgermeister Zenner kann die Wünsche und Vorschläge beider Fraktionsvorsitzenden nachvollziehen und sichert zu, dass die Verwaltung insbesondere dem Wunsch nach früherer Einbindung und gemeinsamer Diskussion bereits im Planungsprozess Folge leisten wird.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion schließt sich seinen Vorrednern an und äußert Zustimmung zur Stellungnahme der Verwaltung und dem darin enthaltenen Zeitplan.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen gibt u.a. ergänzende Hinweise zur Notwendigkeit des Vorliegens der Orientierungsdaten und der Steuerschätzung für die Haushaltplanung. Sie schlägt ein Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden vor, um gemeinsam wichtige Themen und Sachverhalte zur Planung bereits im Jahresverlauf zu besprechen. Sie betont, dass als Grundlage die mittelfristige Planung aus dem Haushalt 2021/2022 vorliegt und verweist auf die angespannte finanzielle Situation.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass die Verwaltung auch für die Jahre 2023 und 2024 einen sog. Doppelhaushalt erstellt und dem Stadtrat zur Beschlussfassung zuleitet.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 29/22-6

2.5. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für die Einzahlung in die Kapitalrücklage der Plauener Straßenbahn GmbH
Drucksachenummer: 0550/2022

Oberbürgermeister Zenner ruft die Vorlage auf, hebt die Bedeutung der Plauener Straßenbahn als sauberes Nahverkehrsmittel hervor und spricht die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung durch Bund und Land an.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen führt zur Vorlage aus. Sie legt dar, dass die Stadt Plauen seit dem Verlust der Kreisfreiheit für den ÖPNV keine Mittel mehr aus dem Finanzausgleichsgesetz erhält. Vom Vogtlandkreis bekommt die Stadt einen Anteil von der Schlüsselmasse, der aber bei weitem nicht ausreicht. Sie erläutert, dass laut Wirtschaftsplan die Zahlungsfähigkeit der Plauener Straßenbahn bereits in 2022 nicht mehr gegeben ist. Nach dem gegenwärtigen Stand tritt das (erst) in 2023 ein. Die Stadt hat bereits in 2021 gegengesteuert und neben den großen Summen, die planmäßig an die Straßenbahn fließen (insbesondere Gewinnabführung Erdgas), eine Zahlung zur Stärkung der Kapitalrücklage eingeplant. Darüber hinaus wurde die Übernahme der Eigenanteile für Investitionen in den Haushalt eingeplant. Diese Investitionszuschüsse werden im Jahr 2022 nicht benötigt, da sich die Maßnahme Elsterbrücke verschiebt. Zur Liquiditätsstärkung wird nun vorgeschlagen, diese Mittel in einen Zuschuss zur Stärkung der Kapitalrücklage umzuwandeln. Der Betrag wird voraussichtlich nicht ausreichen, um die Liquidität auch für 2023 zu sichern. Es ist unumgänglich, dass sich der Vogtlandkreis, aber auch Bund und Land an der Finanzierung beteiligen, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern. Frau Göbel bittet um Zustimmung zur Vorlage und kündigt an, dass im zweiten Halbjahr voraussichtlich eine weitere Vorlage zur Sicherung der Liquidität notwendig wird.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass gerade die Gewinnabführung unseres Energieversorgers durch die gegenwärtige Situation nicht in der bisherigen Größenordnung gesichert ist. Ein klares Bekenntnis zur Straßenbahn, zu sauberer Energie ist aber ein wichtiges Signal.

Fraktionsvorsitzender Jörg Schmidt, CDU-Fraktion begrüßt Herrn Treiber, den Geschäftsführer der Plauener Straßenbahn. Stadtrat Schmidt ist ebenfalls für ein klares Bekenntnis zur Straßenbahn, als eines der wichtigsten Identifikationsmerkmale (neben Stadtwald und Theater) für Plauener Bürger. Er verweist auf den Antrag seiner Fraktion zur Untersuchung von Synergieeffekten innerhalb der städtischen Unternehmen und äußert die Hoffnung, auf diese Art Mittel zur Stärkung der Straßenbahn zu erschließen. Er sieht auch in der Rückkehr zum Flächentarifvertrag einen wichtigen Grund für die strukturellen Probleme im Unternehmen. Stadtrat Schmidt erläutert, dass aus seiner Sicht die Einführung des Bildungstickets und Investitionszuschüsse (die durchaus positiv zu bewerten sind) nicht zielführend sind, wenn der ÖPNV im ländlichen Raum zum Erliegen kommt, weil die Kommunen mit der Finanzierung der Betriebskosten überfordert sind. Er appelliert an die SPD diese Problematik in das Wirtschafts- und Verkehrsministerium zu tragen. Seitens der CDU-Fraktion gibt es 100% Zustimmung zu dieser Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner begrüßt ebenfalls Herrn Treiber.

Stadtrat Ingo Eckardt, FDP-Fraktion findet es richtig, diesen Beschluss zu fassen und die Liquidität der Straßenbahn zu sichern. Er ist der Meinung, dass es nicht genügt, der Kreisfreiheit und dem daraus resultierenden Haushaltsdefizit hinterher zu trauern. Seiner Ansicht nach wurde eine halbe Generation lang versäumt, die Straßenbahn zukunftsfest zu machen. Er räumt diesbezüglich auch Versäumnisse der Stadträte ein. Es reicht nicht, die fehlende Unterstützung von Bund und Land zu beklagen. Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, wann denn die Verantwortlichen angesprochen werden und wer dafür zuständig ist. Stadtrat

Eckardt glaubt nicht, dass sich die Stadt Plauen die 5,6 Mio. Euro, die bis 2025 als Defizit prognostiziert sind, tatsächlich leisten kann. Er geht davon aus, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt. Entweder Wachstum und Weiterentwicklung zu einem zeitgemäßen ÖPNV, indem man die Akzeptanz in den Ortsteilen erhöht, oder Festhalten am Status Quo, was die Insolvenz zur Folge hätte.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion bittet um Solidarität mit der Straßenbahn. Er fasst die Ursachen für die Situation des Unternehmens zusammen. Im Vogtlandkreis werden die Regionalisierungsmittel des Landes durchgereicht, keine Kommune des Vogtlandkreises muss für ihren ÖPNV zuzahlen, die Stadt Plauen aber bringt die Gewinne der Erdgas und der Abfallentsorgung (einen siebenstelligen Betrag jährlich) komplett ein. Er weist darauf hin, dass die Straßenbahn im Gegensatz zu Busunternehmen für ihren Fahrweg (Investition und Unterhaltung) selbst aufkommen muss. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen Verkehrsmitteln. Es ist enorm wichtig darauf zu dringen, dass die Mehrkosten, die in der Struktur dieses modernen Verkehrsmittels liegen, akzeptiert und dass Lösungen gefunden werden.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass auch im ZVV (*Anm. Schriftführer: Zweckverband ÖPNV Vogtland*) dazu noch mal diskutiert werden muss. Derzeit gibt es getrennte Verträge für den Vogtlandkreis und die Stadt Plauen. Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 420.000 EUR für die Einstellung in die Kapitalrücklage der Plauener Straßenbahn GmbH (Investitionsnummer 05-0000026) zur dringenden Stärkung der Liquidität des Unternehmens.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 29/22-7

3. Einwohnerfragestunde

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 - Einwohnerfragestunde - vorzuziehen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 3 – Einwohnerfragestunde - wird vorgezogen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 29/22-7

Oberbürgermeister Zenner bittet um Wortmeldungen.

Es gibt keine Anfragen.

2.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE – Alternative zum „Menüutschein“ für Neugeborene Reg.-Nr. 239-22 – Stellungnahme der Verwaltung - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 255-22

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE erläutert den Antrag. Die geringe Inanspruchnahme des Menügutscheines zeigt, dass dieser nicht gut angenommen wurde und deshalb eine Änderung notwendig ist. Diskussionen im Sozialausschuss und Gespräche mit Sozialarbeitern, sozialpädagogischen Familienhelfern und Vereinen der Familienbetreuung haben gezeigt, dass die Gründe dafür vielfältig sind. Das hat zum Änderungsantrag der Fraktion geführt. Zielstellung ist, gemeinsam mit allen Fraktionen eine Lösung zu finden, die alle Familien in Anspruch nehmen können.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich bei der Fraktion DIE LINKE für die Überarbeitung des Antrages und die Unterstützung der Vorgehensweise der Stadtverwaltung. Er erläutert den Vorschlag der Verwaltung, einerseits den Prozess zu vereinfachen und die Angebote der Verwaltung zu bündeln, andererseits aber auch Vorschläge und Änderungswünsche der Fraktionen zu berücksichtigen.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE empfiehlt, von der Gutscheinvvariante Abstand zu nehmen, da dafür Rückstellungen gebildet werden müssten, die dann unter Umständen über mehrere Jahre Mittel im Haushalt binden würden.

Fraktionsvorsitzender Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion fragt bei der Fraktion DIE LINKE nach, ob der Änderungsantrag denn eine andere Zielstellung verfolgt, als der Vorschlag der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender Sven Gerbeth, FDP-Fraktion geht davon aus, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur Optimierung des Menügutscheins erarbeiten und vorlegen will und die Fraktionen Alternativvorschläge machen sollen, wenn sie den Menügutschein grundsätzlich nicht mehr anbieten wollen. Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE zielt seiner Meinung nach darauf ab, dass die Verwaltung Alternativen erarbeitet. Er möchte außerdem wissen, ob es für Familien, die ohnehin Anspruch auf Zuschuss für Verpflegung haben, ein anderes Angebot gibt.

Bürgermeister Kämpf antwortet Herrn Gerbeth, dass es bisher für diese Familien kein anderes Angebot gab.

Oberbürgermeister Zenner trägt den geänderten Antrag der Fraktion DIE LINKE wie folgt vor: „Die Stadtverwaltung erarbeitet gemeinsam mit dem Stadtrat alternative Vorschläge zum „Menügutschein“ für Neugeborene der Stadt Plauen und legt diese dem Stadtrat im 3. Quartal 2022 vor. Die Alternative soll ab 2023 eingeführt werden. Bereits ausgestellte Menügutscheine behalten ihre Gültigkeit.“

Oberbürgermeister Zenner fasst die Diskussion zusammen und erklärt, dass sich die Verwaltung des Antrages vollumfänglich annehmen wird.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE begrüßt diese Vorgehensweise. Er erinnert daran, dass der Menügutschein aus dem Baby-Begrüßungsgeld entstanden ist und geht auf die seit längerer Zeit von seiner Fraktion formulierten Forderung ein, 50 Euro als Summe festzuschreiben. Er freut sich, dass die Verwaltung diese Forderung nun annimmt.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass es keine Zusage auf eine „50-Euro-Barauszahlung“ seitens der Verwaltung gibt. Es soll eine gemeinsame bessere Lösung erarbeitet werden.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE geht noch mal auf die Frage von Herrn Stadtrat Gerbeth ein und weist auf das aufwändige Antragsverfahren hin.

Herr Oberbürgermeister Zenner bedankt sich für den Antrag und die geführte konstruktive Diskussion.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 255-22

„Die Stadtverwaltung erarbeitet gemeinsam mit dem Stadtrat alternative Vorschläge zum „Menügutschein“ für Neugeborene der Stadt Plauen und legt diese dem Stadtrat im 3. Quartal 2022 vor. Die Alternative soll ab 2023 eingeführt werden. Bereits ausgestellte Menügutscheine behalten ihre Gültigkeit.“

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages der Fraktion DIE LINKE, Reg. Nr. 255-22 an.

keine Abstimmung

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion fragt nach der Zeitplanung zum Transformationszentrum, wie auf das Angebot von Leipzig reagiert wird und wie die Stadträte in den weiteren Prozess eingebunden werden.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass eine offizielle Ausschreibung noch nicht erfolgt ist, dass die Bewerbungskriterien noch nicht bekannt sind und dass noch nicht geklärt ist, wer sich aus dem Freistaat Sachen bewirbt. Ausführlichere Information wird er im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung geben.

Stadtrat Christian Herrmann SPD/Grüne/Initiative-Fraktion bezieht sich auf den Beschluss der Bundesregierung, die EEG-Umlage zum 1. Juli vollständig abzuschaffen und möchte wissen, ob es seitens der Stadtwerke Plauen bereits Aussagen dazu gibt, dass die Preise für die Verbraucher bereits ab Juli gesenkt werden können oder ob es einen konkreten Zeitplan zur Umsetzung gibt.

Oberbürgermeister Zenner wird diese Anfrage an den Geschäftsführer der Stadtwerke Strom weiterleiten.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE fragt, wer die Miete für das Begegnungszentrum in der Stadtgalerie bezahlt.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass die Stadtgalerie nur einen Nebenkostenbeitrag verlangt, dafür gibt es bereits Spendenzusagen vom Notar Primaczenko und der Sparkasse Plauen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE fragt noch einmal nach den Kosten der Veröffentlichungen im Vogtlandanzeiger.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Lars Legath bittet darum, dass Stellungnahmen der Verwaltung zukünftig mindestens 24 Stunden vor der Sitzung per Email ausgereicht werden.

Oberbürgermeister Zenner entschuldigt sich für die späte Ausreichung zur heutigen Sitzung und verweist auf den enormen Ausfall durch Corona in der Verwaltung. Die Verwaltung wird sich bemühen, Unterlagen rechtzeitig auszureichen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE möchte wissen,

1. **Wie viele Hilfesuche hat die Stadt Plauen bearbeitet?**
2. **Hat die Stadtverwaltung davon Kenntnis, dass die ukrainische Regierung Lehrbücher „Deutsch-Ukrainisch“ online zur Verfügung gestellt hat und werden diese genutzt?**
3. **Inwieweit finden hinsichtlich des Begegnungszentrum Kooperationen mit Bundesbehörden, wie zum Beispiel mit der Familienkasse statt.**

Bürgermeister Kämpf sagt die schriftliche Beantwortung zu den Hilfesuchen zu. Er erläutert, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen anläuft. **Die Frage zu den elektronischen Schulbüchern wird ebenfalls schriftlich beantwortet.**

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion fragt nach der Sperrung der Fahrbahn vor dem Luftschutzmuseum am Schlosshang.

Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass in den nächsten Tagen die Ausschilderung dort realisiert wird. Es werden keine Fahrbahnmarkierungen aufgebracht.

Fraktionsvorsitzende Claudia Hänsel, Fraktion DIE LINKE fragt, ob die Sitzung ohne Pause fortgesetzt werden könnte.

Oberbürgermeister Zenner lässt darüber abstimmen. Die Mehrheit des Stadtrates wünscht eine Pause. Die öffentliche Sitzung ist damit beendet.

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Uta Seidel
Stadträtin

Thomas Fiedler
Stadtrat

Katrin Kramer
Schriftführerin